
Vorsitz: Rumänien**849. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 29. März 2017Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.05 Uhr2. Vorsitz: Botschafter C. Istrate
D. Șerban3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: SALW-PROJEKTE – DER
FALL DER REPUBLIK MOLDAU

- *Vortrag von O. Nicolae Babin, Stellvertretender Minister, Innenministerium der Republik Moldau*
- *Vortrag von Oberstleutnant A. Camerzan, Generalstab der Nationalarmee der Republik Moldau*
- *Vortrag von B. Balon, Leiterin der Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC), UNDP*
- *Vortrag von L. Karakas, Politisch-militärischer Referent, OSZE-Mission in Moldau*

Vorsitz, Vertreter des Stellvertretenden Innenministers der Republik Moldau (A. Belous), A. Camerzan, B. Balon, L. Karakas, Malta – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit Georgien und der Ukraine) (FSC.DEL/112/17), Österreich (auch im Namen von Deutschland, Kanada, Schweden und der

Schweiz) (FSC.DEL/114/17 OSCE+), Österreich, Spanien (Anhang 1), Schweiz, Belarus, FSK-Koordinator für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Italien), Vereinigte Staaten von Amerika, FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/115/17), Malta – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/113/17), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 2), Österreich

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Protokollarische Angelegenheiten:* Vertreter des Konfliktverhütungszentrums, Polen, Deutschland
- (b) *Einladung zur Veranstaltung des Vorsitzes „Intersessional OSCE dialogue on military doctrines“ am 4. und 5. Mai 2017 und Erinnerung an das Treffen der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog am 7. April 2017:* Österreich (Anhang 3)
- (c) *Bestellung eines neuen Koordinators des FSK-Vorsitzes für das Wiener Dokument:* Vorsitz, scheidender Koordinator des FSK-Vorsitzes für das Wiener Dokument (Schweiz), designierter Koordinator des FSK-Vorsitzes für das Wiener Dokument (Schweiz), Portugal
- (d) *Ankündigung des Beurteilungsberichts über die Durchführbarkeit der vom georgischen Staatlichen Zentrum für Wehrwissenschaft und Militärtechnik DELTA entwickelten Methoden zur Beseitigung überschüssiger Munition (FSC.DEL/60/17):* FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn), Georgien
- (e) *Treffen des informellen Freundeskreises zum MONDEM-Programm in Montenegro am 29. März 2017:* Vorsitz, FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)
- (f) *Finanzierungsbeiträge für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen in Bosnien und Herzegowina:* Norwegen (Anhang 4), Bosnien und Herzegowina, FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)

- (g) *Implementierungstreffen zur Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen am 30. März 2017: Deutschland*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 5. April 2017, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

849. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 855, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Spanien schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte jedoch auch eine Erklärung in nationaler Eigenschaft abgeben.

Zuerst möchte ich den Rednern von heute Vormittag für ihre interessanten und aufschlussreichen Vorträge danken und auch dem Vorsitz meinen Dank dafür aussprechen, dass er diese wichtige Frage auf die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung gesetzt hat.

Spanien hat sich stets für die Frage der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) engagiert und tut dies auch weiterhin. Das beweist auch die geplante Teilnahme des Leitenden Kommissars des Zentralen Nachrichtendienstes der spanischen Nationalpolizei an der morgigen Sitzung über die Deaktivierung von SALW, die für die Operation „Portu“ verantwortlich zeichnet, mit der vor Kurzem die Zerschlagung einer kriminellen Organisation in Spanien gelang, die deaktivierte Waffen illegal in Umlauf gebracht hatte.

Bedauerlicherweise hat der illegale Handel mit SALW international in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Auch wenn diese Waffen für sich allein nicht Auslöser von bewaffneten Konflikten sind, können sie diese doch verschärfen und zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden, wenn sie durch illegalen Handel in instabile Regionen gelangen. Ferner haben wir festgestellt, dass seit einiger Zeit Kleinwaffen, die durch illegale Kanäle geschmuggelt wurden, auch immer wieder für Anschläge in westlichen Ländern verwendet wurden.

Andererseits ist allgemein bekannt, dass der Seeweg einer der wichtigsten Transportwege für den illegalen Handel jeder Art, darunter auch mit SALW, ist.

In den letzten Jahren wurden zwar bereits einige Instrumente entwickelt, um den Nachschub mit SALW für kriminelle Organisationen und terroristische Gruppen zu unterbinden, doch muss noch viel getan werden, um erfolgreiche neue Strategien zu diesem Zweck zu entwickeln.

Aus diesem Grund – und eingedenk der Maßnahmen, die in unserer Organisation bereits gegen den illegalen Handel mit SALW getroffen wurden, etwa auch gegen den illegalen Handel über den Luftweg – sind wir der Auffassung, dass die OSZE auch als führendes Forum für den Informationsaustausch und die Entwicklung empfehlenswerter Praktiken für den Seeweg, als Ergänzung zu jenen für den illegalen Handel auf dem Luftweg, dienen kann.

Daher möchte ich als weiteres Beispiel für das Engagement Spaniens in dieser Frage – gemeinsam mit den Miteinbringern Frankreich, Italien und Malta – unsere Absicht bekanntgeben, heute einen Beschlussentwurf zur „Verhütung des illegalen Handels mit SALW und/oder Munition auf dem Seeweg“ zur Verteilung zu bringen, und darum ersuchen, ihn auf die Tagesordnung der Arbeitsgruppe A des FSK zu setzen, um Möglichkeiten auszuloten, wie ein Konsens zu diesem Vorschlag erreicht werden kann.

Herr Vorsitzender, ich möchte höflich darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

849. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 855, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Zusammenhang mit den heutigen Erklärungen einiger Delegationen hält es die Delegation der Russischen Föderation – soweit es die Krim betrifft – für notwendig, Folgendes festzustellen:

Die Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Krim und ihr Beitritt zur Russischen Föderation waren der legitime Ausdruck des Rechts des Volkes der Krim auf Selbstbestimmung in einer Situation, als sich in der Ukraine mit Unterstützung von außen ein gewaltsamer Staatsstreich ereignete und radikale nationalistische Elemente starken Einfluss auf die Entscheidungen im Land ausübten, was seinerseits dazu führte, dass die Interessen der ukrainischen Regionen und der russischsprachigen Bevölkerung ignoriert wurden.

Die multiethnische Bevölkerung der Krim traf mit überwältigender Stimmenmehrheit in einer freien und fairen Willensbekundung die entsprechenden Entscheidungen. Der Status der Republik Krim und der Stadt Sewastopol als Föderationssubjekte der Russischen Föderation ist irreversibel und steht nicht zur Diskussion. Die Krim ist und bleibt russisch. Das ist eine Tatsache, mit der sich unsere Partner abfinden müssen.

Dieser Standpunkt gründet sich auf das Völkerrecht und steht mit diesem voll und ganz im Einklang.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

849. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 855, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Herr Vorsitzender,

im Zusammenhang mit der kommenden Vorsitz-Veranstaltung *Intersessional OSCE dialogue on military doctrines* am 4. und 5. Mai 2017 möchten wir Folgendes mitteilen:

Wie im Einladungsschreiben vom 15. Februar 2017 angekündigt, wird die Veranstaltung in der Landesverteidigungsakademie in Wien stattfinden; diskutiert werden Änderungen bei den Militärdoktrinen sowie Bedrohungswahrnehmungen, neue sicherheitspolitische Herausforderungen und Kontakte auf militärischer Ebene.

Diese Veranstaltung spielt eine wichtige Rolle im politisch-militärischen Programm unseres Vorsitzes und trägt darüber hinaus zu dem vom Amtierenden Vorsitzenden mit Schreiben vom 20. Februar 2017 eingeführten Strukturierten Dialog bei. Während sich das erste Treffen der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog am 7. April mit „Konvergierenden und divergierenden Bedrohungswahrnehmungen im OSZE-Raum“ befassen wird, werden Militärdoktrinen im Mittelpunkt des *Intersessional OSCE dialogue* stehen.

Dementsprechend möchten wir in Ergänzung zum Einladungsschreiben darauf hinweisen, dass wir nun auch die Hauptstädte zur Teilnahme auf Direktorebene am *Intersessional OSCE dialogue* aufrufen. Das war auch dem vorläufigen Kalender für den Strukturierten Dialog zu entnehmen, der Ihnen letzte Woche zuging. Bitte beachten Sie, dass die Anmeldefrist am 4. April 2017 endet.

Außerdem ersuchen wir alle interessierten Teilnehmerstaaten, gegebenenfalls einen Beitrag zu der Veranstaltung zu leisten und dazu eine/n potenzielle/n hochrangige/n Redner/in für eine der Sitzungen über Bedrohungswahrnehmungen, Triebkräfte für Militärdoktrinen oder neue Bedrohungen und sicherheitspolitische Herausforderungen zur Verfügung zu stellen. Bitte zögern Sie nicht, sich mit weiteren Fragen an Mitglieder unserer Ständigen Vertretung zu wenden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/855
29 March 2017
Annex 4

GERMAN
Original: ENGLISH

849. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 855, Punkt 3 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

ich freue mich, Sie auf der heutigen FSK-Sitzung zum Thema SALW-Projekte über den Beschluss Norwegens in Kenntnis zu setzen, einen Betrag von 400 000 Norwegischen Kronen (NOK), das sind rund 45 000 Euro, für das SALW- und SCA-Projekt der OSZE (ExB 2200393) zur sicherheitstechnischen Aufrüstung von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina bereitzustellen.

Norwegen unterstützt seit einigen Jahren die Arbeit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina in diesem Bereich und hat Hochachtung vor der Arbeit aller Beteiligten im Rahmen dieser Projekte.

Diese neuerliche Zuwendung soll zu den Bemühungen der OSZE beitragen, den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung in dem Gebiet zu verbessern, die Gefahr der Verbreitung von Waffen und Munition zu verringern und insbesondere dabei helfen, die nationalen Standards für mechanische Sicherung und Bestandsverwaltung in Bosnien und Herzegowina zu verbessern.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.